

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Luftwaffe nicht (mehr) NATO-tauglich?

Bereits zu Beginn des Jahres wurde den Hauptwaffensystemen der Bundeswehr eine dramatisch niedrige Einsatzbereitschaft attestiert. Mit Details konnten jedoch hauptsächlich der schlechte Zustand des Gerätes beim Heer und der Marine belegt werden. Dass die Airbus-Flotte der Luftwaffe beinahe nie in der Luft ist und dreiviertel der Eurofighter meistens gegründet sind, war ohnehin schon vorher klar. Nun trifft es aber auch den Tornado-Kampfjet. Als altbewährtes Schlachtross wollte das deutsche Verteidigungsministerium zehn Stück davon zur NATO Response Force melden. Die Auflage, das seit den 70-er Jahren fliegende Vehikel für diesen Einsatz mit moderner Funktechnik und einem Freund-Feinderkennungssystem auszurüsten, kann die Luftwaffe aber nicht erfüllen. Nicht einmal eine Interimslösung wird verwirklicht, denn aktuell sind keine mit dem Jet kom-



Tornado-Waffensystemoffizier vor dem Einsatz in Syrien.

patiblen Verschlüsselungsgeräte für die sichere Datenübertragung vorhanden. Ebenfalls ist die Verkabelung dermassen alt, dass davon ausgegangen werden muss, dass bei einem Einsatz vertrauliche Informationen abfliessen. Das Verteidigungsministerium schreibt dazu in einem nun an die Öffentlichkeit gelangten Bericht: «Dies könnte im Extremfall dazu führen, dass die Forderung nach einer verschlüsselten Kommunikation für das Waffensystem Tornado nicht

realisiert werden kann. Und damit könnte das Waffensystem Tornado an keinem NATO-Einsatz mehr teilnehmen.» Mängel bei der Verschlüsselung sind indes nicht neu, bereits seit 2016 müssen die Piloten im Syrien-Konflikt mit improvisierten Nachrüstsätzen ihre Kommunikation sichern. Damals wurde auch entschieden, den Tornado noch bis 2035 fliegen zu lassen. Inwiefern sich dies unter den aktuellen Gesichtspunkten verwirklichen lässt, scheint nun

wieder offen. Denn zusätzlich zu den beschriebenen Mängeln wird es auch immer schwieriger, den Unterhalt und die dafür benötigten Ersatzteile zu besorgen. Deshalb kommt der Tornado-Bericht nun zum Schluss, dass das Flugzeug bereits ab 2025 schrittweise ausser Dienst gestellt werden soll. Als Ersatz könnte eine Weiterentwicklung des aus dem Hause Airbus stammenden Eurofighters unter dem Namen Future Combat Air System (FCAS) oder Next Generation Weapon System (NGWS) dienen. Dieser müsste dann als Ersatz für den Tornado die amerikanischen Atombomben abwerfen können, so zumindest der Leistungsauftrag an die aktuelle Flotte.

Ob sich Airbus gewillt zeigen wird, mit den USA die technischen Fähigkeiten dafür auszutauschen bleibt offen. Entsprechend werden im Bericht auch die Boeing Maschinen F-15, F-18 und der F-35 von Lockheed als plausibler Nachfolger des Tornados genannt.

Russland

RS-28 SARMAT getestet

Auf dem Plesetsk-Testgelände nahe Archangelsk haben die Russischen Strategischen Raketentruppen Ende März ihre neueste mit Thermonuklearsprengköpfen bestückbare RS-28 SARMAT (NATO-Bezeichnung SS-X-30-SATAN) ballistische Interkontinentalrakete (ICBM) getestet.

Dazu erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass dieser zweite Raketenstart einer Sarmat der Überprüfung ihrer Leistung in der Anfangsphase des Fluges diente. Sie wird dereinst die aktuellen, noch aus der

Sowjetzeit stammenden Raketen ablösen.

Am 1. März 2018 anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation erklärte Präsident Putin deshalb, dass die 200 Tonnen schwere Sarmat die grösste Reichweite aller je gebauten ICBM's habe und je nachdem über den Süd- oder Nordpol fliegend jedes Ziel auf der ganzen Welt erreichen kann. Ebenfalls, dass die neue Rakete in der Lage ist, einer gegen sie aufgestellten Abwehr auszuweichen und deshalb beinahe nicht abfangbar sei. Dies, weil sie über mehrere so genannte hypersonische Boost-Glide-Sprengköpfe (genannt Avangard) mit bis zu 750 Kilo-

tonnen Sprengkraft verfügt. Geplant ist, die Strategischen Raketentruppen damit ab 2021

zu versorgen und ab etwa 2024 die alten ICBM-Bestände auszumustern.



RS-28 zwecks Analyse schwarz-weiss bemalt.

Bild: Russisches Verteidigungsministerium

Grönland



Projekt «Airport Nuuk».

Bild: Kalaallit Airports

Pekings Einfluss wächst

Es scheint nicht weiter verwunderlich. Nachdem Ende letzten Jahres der grönländische Premierminister Kim Nielsen bei einem Besuch in Peking nebenbei noch Vertreter der China Communications Construction Company, der Beijing Construction Engineering Group und der Export-Import Bank of China traf, wurde nun erstere in die engere Wahl für den Ausbau, Unterhalt und Betrieb der grösseren Flughäfen von Ilulissat, Qaqortoq und der Hauptstadt Nuuk auf der Insel aufgenommen. Die letzten elf Bieter in einer der grössten je in Grönland durchgeföhrten Submission in Höhe von etwa 400 Mio. Euro sind Konsortien aus den Niederlanden, Kanada, Island und Dänemark. Grönland ist Teil des Königreichs Dänemark und damit das Herzstück der dänischen Interessen in der Arktis. Es zeigt sich immer noch für die Sicherheit und Aussenpolitik des seit 2009 selbstverwalteten Gebiets verantwortlich und stellt dafür auch das sogenannte Arktisk-Kommando zur Verfügung. Obwohl ausländische Investments auf der Insel nicht unter dänische Kontrolle fallen, sind nun aus Kopenhagen «grösste Bedenken» hinsichtlich einer möglichen chinesischen Einflussnahme verlautbart worden. Erst im Januar hat China sein Konzept einer «polaren Seiden-

strasse» per Weissbuch über die gesamte Region nördlich des Polarkreises präsentiert. Dabei ging es vor allem um Zeiter sparsnisse beim Verschiffen von Handelsgütern und dem Erschliessen fossiler Brennstoffe. Bereits beteiligen sich chinesische Förderfirmen am infolge der Klimaerwärmung einfacher abzubauenden Mineralreichtum. In Grönland erhofft man sich mit den Chinesen deshalb die lang ersehnten potenteren Geldgeber, welche in die lokale Infrastruktur, aber auch in Direktflüge nach Europa investieren und damit den Handel und Tourismus ankurbeln würden. Für Dänemark steht dies aber derzeit ausser Frage. Im Jahr 2017 untersagte es erstmalig den Verkauf einer ehemaligen US-Marineanlage an eine Firma aus Hong Kong. Das gute Verhältnis zu den USA könnte auf dem Spiel stehen. Immerhin steht seit 1943 in Thule die nördlichste Airbase der US Airforce und darauf wichtige Radar anlagen zur Früherkennung von nuklearen Angriffen (aus dem Osten). Nötigenfalls könnte deshalb in Kopenhagen das Veto gegen einen Zuschlag an China ergriffen werden, indem es diesen zur sicherheitsrelevanten Angelegenheit erklärt. Dies hätte dann wohl direkt auch auf die Frage, ob sich Grönland in den kommenden Jahren für eine komplette Unabhängigkeit von Dänemark entscheidet, einen Einfluss.

Kolumbien

Kolumbien rüstet auf

Die Regierung von Kolumbien hat erneut den Verteidigungshaushalt erhöht. Elf Milliarden US-Dollar stehen für 2018 zur Verfügung, im Jahr 2017 waren es noch 9,9 Milliarden.

Die Vize-Ministerin für Verteidigung, Diana Quintero, erklärte nach dem Friedensschluss mit der Farc-Guerilla, Kolumbien wolle «in jeder Region der Erde eine wichtige Rolle» spielen und benötige dafür seine Streitkräfte. Kritiker befürchten, dass das Land im Rahmen der US-Geopolitik militärische Aufgaben übernehmen und auch als Brückenkopf der USA in Lateinamerika dienen könnte.

Die Regierung von Präsident Juan Manuel Santos strebt seit 2013 einen Assoziierungsver-

trag mit der NATO an, mehrere Kooperationsvereinbarungen wurden bereits geschlossen. Die Organisationsstrukturen und die Ausbildung der Armee werden seit 2016 an NATO-Standards angepasst. Dazu gehört auch die Modernisierung der Ausrüstung.

Besonders seit 2015 nahmen die Waffenkäufe für konventionelle Kriegsführung zu – darunter Jagdflugzeuge mit Raketen für den Luftkampf (aus Schweden), Boden-Luft-Raketensysteme (aus Brasilien), Raketen vom Typ Cruise Missiles, Drohnen und gepanzerte Kettenfahrzeuge (aus Israel), Hubschrauber (aus Russland), Boeing-Grossraumflugzeuge für Truppen und militärisches Gerät (aus USA), U-Boote (aus Deutschland) sowie Raketenwerfer, Radargeräte, Kommunikationssysteme.

Taiwan

Taiwan besorgt wegen Chinas Militär

Die Volksrepublik China steigert ihren Wehretat um 8,1 Prozent und gibt damit das 15,8fache der Verteidigungskosten des Nachbarn Taiwan aus. Der taiwanesischen Zeitung «Ziyou Shiba» zufolge schüre dieses vertiefte Ungleichgewicht in Taiwan erhebliche Bedenken. Zum Auftakt

des jährlichen Volkskongresses sagte Ministerpräsident Li Keqiang, China werde ange-sichts tiefgreifender Verände- rungen der Sicherheitslage die Ausbildung und Einsatzbereit-schaft verbessern, um stets zur Verteidigung der nationalen Sicherheit und Souveränität bereit zu sein.

Nach Angaben der Regie- rung in Peking soll das Ver-teidigungsbudget 2018 um



Chinesische Panzer.

Bild: SCMP

8,1 Prozent auf 1,11 Billionen Yuan, umgerechnet 142 Milliarden Euro, gesteigert werden. Dies ist das 15,8fache der Wehrausgaben der Republik Taiwan. Ein Sprecher des taiwanesischen Verteidigungsministeriums sagte, man werde fortlaufend und genau verfolgen, wie die Volksrepublik ihr Militärbudget aufstelle und

umsetze. Im Jahr 2014 hatte das Verteidigungsbudget Chinas 880,2 Milliarden Yuan und das Taiwans 311,1 Milliarden taiwanische Dollar betragen. Das Verhältnis hatte bei etwa 1 zu 13,8 gelegen. Danach hatte China jedoch seine Ausgaben für die Modernisierung des Militärs um 20 Prozent aufgestockt, während Taiwan

seinen Wehretat nur um fünf Prozent erhöht hatte.

Ein Abgeordneter der die Unabhängigkeit unterstützenden demokratischen Fortschrittspartei sagte, dass Taiwan seine Fähigkeit zum asymmetrischen Krieg, mit der es die von Festland China ausgehende Bedrohung zurückdrängen könne, verstärken müsse. China müs-

se mit einer gut durchdachten Investition ins Militär und einer klaren Strategie begegnet werden. Ein Abgeordneter der konservativen Partei Kuomintang meinte hingegen, dass es nicht ratsam sei, mit China militärisch zu konkurrieren. Es müsse schnellstmöglich ein Weg des friedlichen Miteinanders gefunden werden.

Sahelzone

Situation verschlechtert

Das jüngste Positionspapier der Welternährungsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen zeigt ein düsteres Bild. Es wird erwartet, dass mit Beginn der mageren Jahreszeit, also der Zeit zwischen den Ernten von Mai bis August, in der Sahelzone (Burkina Faso, Tschad, Niger, Mali, Mauretanien und Senegal) mehr als 4,5 Mio. Menschen zusätzlich auf Hilfe angewiesen sein werden. Der Sahel ist von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus und deren rasche Ausbreitung in den betroffenen Ländern geplagt. Infolge von schwachen Entwicklungsfortschritten in der Zone und den Auswirkungen des Klimawandels auf die Nahrungsmittelversorgung, anhaltende Migrationsströme und Konflikte um Land und Ressourcen im 2017 droht die Zahl der Bedürftigen bis Ende Jahr auf fast 24 Mio. anzusteigen. Alleine im Tschad sind 95% der Weideflächen und damit etwa 2,5



Von der Dürre besonders betroffene Kinder in Mauretanien.

Mio. Halbnomaden von der Trockenheit betroffen. Die Prognose des Kinderhilfswerks UNICEF Ende letzten Jahres von weit über 1 Mio. unterernährter Kinder für das Jahr 2018 wurde bereits in den ersten zwei Monaten für den Sahel um 46% (520000) nach oben angepasst. Um gegen diese Misere anzutreten, haben sich diverse internationale Organisationen zusammen geschlossen und ein sogenanntes «Cadre Harmonisé» ausgearbeitet. Benötigt werden dafür ca. 415,5 Mio. US-Dollar. Damit sollten in den ver-

schiedenen Ländern in erster Linie die Ernährungssicherheit garantiert, respektive wiederhergestellt werden. Dazu spannen die FAO, UNICEF und WFP (Welternährungsprogramm) zusammen. Auf diese Weise sollen beispielsweise im Agrarbereich die Futtermittelverteilung, Sanierung von Wasserstellen, Regeneration von Weideland, im Gesundheitssektor Impfungen gegen verschiedene Krankheiten sowie Malaria Prävention und insgesamt also die Konfliktbewältigung und Wiederherstellung von durch (Bürger-)Krieg

zerstörten Gemeinschaften vorangetrieben werden. Dazu meinte die stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen Amina Mohammed anfangs April: «Die Probleme der Sahelzone sind für das gesamte System der UNO von grosser Priorität. Die Komplexität und Vielschichtigkeit all dieser Herausforderungen zeugen von der Notwendigkeit, gemeinsam und kohärenter, umfassender und integrierter auf die Sahel-Krise zu reagieren». Es sollen sämtliche zur Verfügung stehende Mittel und Institutionen, von der Hilfsgüterverteilung vor Ort bis hin zum UN-Sicherheitsrat in New York, hinzugezogen werden. Zuletzt aber betonte Amin, dass es insgesamt vor allem darum geht, der Jugend eine Zukunft zu ermöglichen und diese darum speziell berücksichtigt werden müsse.

USA

Google, Militär, Künstliche Intelligenz

Das Pentagon und Google arbeiten zusammen, um die Erkennung von Objekten auf Kamerabildern von Drohnen durch künstliche Intelligenz zu verbessern.

Das US-Verteidigungsministerium hat sich für sein Projekt Maven offenbar die Unterstützung durch Google gesichert. Bei dem Projekt geht es darum, Objekte auf Fotos und Videoaufnahmen, die von Militärdrohnen gemacht wurden, mit bestmöglich Prä-

zision zu identifizieren. Dass Google bei dem Militärprojekt mitmacht, sorgte intern für grosse Unruhe. Die Mitarbeiter hatten in einer E-Mail davon erfahren. Anonyme Rezipienten dieser Nachricht haben Medien davon unterrichtet.

Google sah sich deshalb dazu gezwungen, öffentlich Stellung zu beziehen: «Wir arbeiten schon lange mit Regierungsorganisationen zusammen, um Technologielösungen anzubieten. Dieses spezifische Projekt ist ein Pilotprojekt mit dem Verteidigungs-

ministerium, um Open Source APIs von TensorFlow bereitzustellen, die bei der Erkennung von Objekten in nicht klassifizierten Daten helfen können.»

«Die Technologie markiert Bilder für die Begutachtung durch Menschen und wird nur

für nicht-offensive Zwecke verwendet. Der militärische Gebrauch von Machine Learning nährt natürlicherweise berechtigte Zweifel. Wir diskutieren dieses wichtige Thema intern und mit anderen aktiv. Wir werden Richtlinien und Sicherheitsbarrieren rund um

den Gebrauch unserer Machine-Learning-Technologien entwickeln», heisst es in der Stellungnahme.

Ausschlaggebend für die Kooperation von US-Militär und Google ist angeblich der enge Zeitplan des Projekts Maven. Ohne die Unterstützung durch

Privatunternehmen wie Google wäre dessen Einhaltung unmöglich, sagt die Projektleitung. Eine der Institutionen, die die Zusammenarbeit initiiert haben, ist das Defense Innovation Board. Darin sitzt unter anderem Eric Schmidt, der ehemalige Google-Chef.

USA

John Bolton neuer Sicherheitsberater

US-Präsident Donald Trump trennt sich von seinem Sicherheitsberater H.R. McMaster. John Bolton, ehemals Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen unter George W. Bush, wird der Nachfolger.

Der nationale Sicherheitsberater koordiniert die Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung und ist einer der wichtigsten Berater des Präsidenten – zum Beispiel auch bei Entscheidungen über Krieg und Frieden. Nach dem zurückhaltenden McMaster kommt nun ein «Falke»: Wie kaum ein Zweiter steht der 69-jährige Bolton für eine unilaterale Außen- und Sicherheitspolitik, die amerikanische Interessen verfolgt und diese im Zweifel auch mit militärischen Mitteln vorantreibt.

Als George W. Bush Bolton im Jahr 2005 zum UNO-Botschafter machen wollte, ver-

sagte der Senat seine Unterstützung. Bush setzte Bolton am Ende doch mit einem Hilfsverfahren durch. Bolton selbst spottete über die UNO, von den 38 Stockwerken des Hauptquartiers in New York könne man sofort zehn streichen, es würde niemand bemerken.

Bolton ist ausgebildeter Jurist und fiel in den vergangenen Monaten durch grosse Unterstützung von Präsident Trumps Entscheidungen auf. Er lobte die Entscheidung, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Und er setzt wie Trump auf eine baldige Beendigung des Atomabkommens mit Iran. Er forderte im Fernsehen sogar, dass die USA auf einen «Wechsel des Regimes» in Teheran hinarbeiten sollten. In Sachen Nordkorea zählte Bolton zu den wenigen Ausenpolitikern, die öffentlich für einen militärischen Erstschlag der USA gegen die Führung Nordkoreas argumentierten.

Australien



Boxer CRV.

Bild: Rheinmetall

Rheinmetall erhält Auftrag in Australien

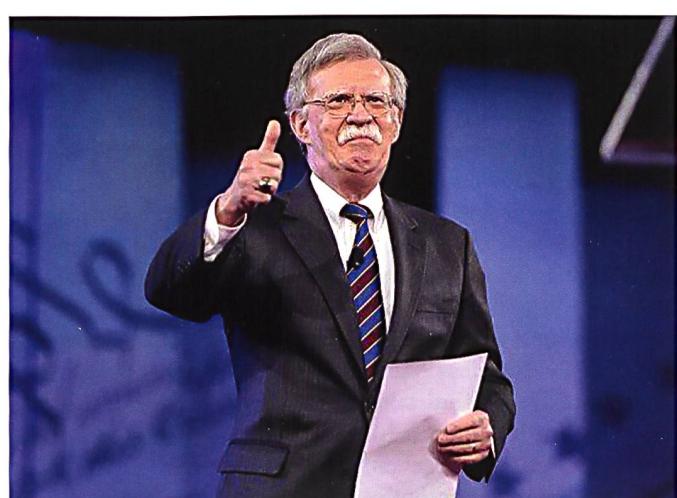
Rheinmetall soll Boxer-Panzerfahrzeuge für Australien bauen. Diese sind Teil des Modernisierungsprogramms der australischen Armee. Die Regierung in Canberra habe empfohlen, «exklusive Endverhandlungen» mit dem deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall über die Lieferung von mehr als 200 Radspähpanzern vom Typ «Boxer CRV» zu beginnen. Der Auftragswert liegt demnach bei rund 2,4 Milliarden Franken.

Der deutsche Rüstungskonzern setzte sich bei dem Milliardenauftrag gegen den britischen Konkurrenten BAE Systems durch. Die Panzer würden die Sicherheit australischer Soldaten «im Einsatz und bei Manövern rund um die Welt» verbessern, erklärte Australiens Premierminister Malcolm Turnbull. «Sie werden Mobilität und Feuerkraft auf dem Schlachtfeld für die kommenden Jahrzehnte steigern.»

Die «Boxer CRV» sollen die alternde Flotte leichtgepanzter Fahrzeuge der australischen Armee ersetzen. Die Anschaffung ist Teil eines insgesamt 200 Milliarden australische Dollar (160 Milliarden Franken) schweren Programms, mit dem die australische Regierung die Streitkräfte des Landes binnen eines Jahrzehnts modernisieren will.

Die Auslieferung der Radspähpanzer soll nach Angaben von Rheinmetall ab dem kommenden Jahr beginnen und bis 2026 andauern. Insgesamt soll das Geschäft 211 Radspähpanzer umfassen.

Beim «Boxer CRV», der gegen Bombenexplosionen und schweren Beschuss durch Maschinengewehrfeuer geschützt ist, handelt es sich laut Rheinmetall um die neueste Variante der Transportpanzer, die mit einem Turmsystem, einer Maschinenkanone und Aufklärungssystemen des US-Rüstungskonzerns Northrop Grumman ausgestattet ist.



John Bolton.

Bild: CNN

Pascal Kohler, Henrique Schneider